

Optionen und Obligationen nationaler und globaler Informationspolitik nach und vor dem Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS)

Rainer Kuhlen

FB Informatik und Informationswissenschaft, Universität Konstanz

Erscheint in: Information, Wissenschaft und Praxis (vormals NfD) Juni 2004



This work is licensed under the Creative Commons Attribution-NoDerivs-NonCommercial License. To view a copy of this license, visit <http://creativecommons.org/licenses/by-nd-nc/1.0/> or send a letter to Creative Commons, 559 Nathan Abbott Way, Stanford, California 94305, USA.

Zusammenfassung

Die politischen und gesellschaftlichen Dimensionen von WSIS, gegenüber der anfänglich dominierenden technischen Sicht, werden herausgearbeitet. Die Bedeutung des *Multi-Stakeholder-Ansatzes*, vor allem die Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Gruppierungen, für die Entwicklung eines deliberativen Politikverständnisses wird herausgestellt. Die Ergebnisse von WSIS I - Genf (bzw. die offenen Konfliktpunkte) werden zusammengefasst. Die konfliktären Themen, die sozusagen an WSIS II übergeben werden, waren: Finanzierung über einen Digital Solidarity Fund, organisatorische und politische Fragen von Internet Governance, Spannung zwischen *Cyber security und privacy*, Alternativen zum bestehenden *IPR (Intellectual property rights)*-Regime, Software-Modelle, Menschenrechte (Medienfreiheit, Kommunikationsrechte). Der sich abzeichnende Weg in Richtung WSIS II (Tunis) wird diskutiert. Näher wird auf die beiden ungelösten Probleme der *Internet Governance* und der Finanzierung eingegangen, für die auf WSIS I spezielle Arbeitsgruppen von der UNO eingefordert wurden und jetzt eingesetzt werden. Offen ist bei *Internet Governance* vor allem, ob die bislang von ICANN eingenommene technische und koordinierende Sicht beibehalten werden kann oder ob *sich Internet Governance* auch auf alle Probleme der Inhalte, der Dienste und der Nutzung beziehen soll. Entsprechend kontrovers ist die Diskussion um die mögliche Trägerschaft, ob sie weiter ICANN-ähnlich sein soll oder ob eher eine zwischenstaatliche internationale Organisation (wie ITU oder die UN ICT TF) diese Rolle übernehmen soll. Bei der Finanzierung fehlt bislang ein Konsens über angemessene Modelle und auch über die politische Zielsetzung insgesamt. Dieser wird sich vermutlich von dem bislang die Weltwirtschaft dominierenden Washington-Konsens (in neo-liberaler Interpretation) lösen müssen, wenn die weiter deutlich erkennbaren, die *digital divides* vertiefenden und die Entwicklung hemmenden Widersprüche beim Umgang mit Wissen und Information überwunden werden sollen.

1 Von WSIS I zu WSIS II

WSIS (*World Summit on the Information Society*) ist der Weltgipfel für die Informationsgesellschaft. WSIS hat mit ca. 11.000 Teilnehmern aus mehr als 150 Ländern vom 10.-12. Dezember 2003 in Genf stattgefunden. WSIS wird aber dann noch nicht zu Ende gewesen sein. Es soll einen zweiten Teil geben, 16.-18. November 2005 in Tunis¹.

1.1 Eine neue Verfassung der Informationsgesellschaft?

WSIS geht auf eine Initiative der *International Telecommunication Union* (ITU) von 1998 zurück². Entsprechend bekam die ITU von der UN-Generalversammlung die führende Management-Rolle zugesprochen. An der Vorbereitung waren aber auch andere Sub- und Sonderorganisationen der UN beteiligt³. Die zu Beginn des WSIS-Prozesses geäußerte Befürchtung, WSIS werde sich unter der Federführung der ITU auf ein technisches Konzept von Information und Informationsgesellschaft verständigen, erwies sich als unberechtigt. WSIS I versuchte die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen „künftiger Entwicklung weltweit aller Staaten“ (also kein Nord-Süd-Gipfel) in den Griff zu bekommen [Metze-Mangold 2004]. Allerdings, wie man wohl feststellen muss, bislang mit wenig innovativer Kraft [Dietz/Amshoff 2004; Kleinwächter 2003] und bislang mit geringer Bereitschaft oder Fähigkeit [Ermert 2004], die beiden Welten von WSIS, „the two conceptual strands“ [Siochrú 2004], zusammenzubringen:

„One was the summit of information, telecommunication, the internet, the ‘Digital Divide’, and ultimately the neo-liberal model of development, exposing its limits even as it strained to plead its relevance. The other was the summit on a knowledge and communication society. Full of contradiction, ideas still in formation, but nevertheless beginning to perceive new potentials and possibilities“ [Siochrú 2004].

Der emphatischen Einschätzung des Schweizer Präsidenten Pascal Couchepin – Schweiz war Gastland von WSIS I und hat sich entscheidend um den Konsens in den

¹ Dieser Beitrag setzt die Reihe der Berichte des Verfassers über WSIS in IWP (NfD) fort; bislang in [Kuhlen 2003a und b]. Ausführlicher in [Kuhlen 2004], Kap. 1 Informationsethik im Kontext des Weltgipfels zur Informationsgesellschaft (WSIS).

² Entsprechend ITU Resolution 73 (Minneapolis Plenipotentiary Conference, 1998), bestätigt vom ITU Council, Resolutions 1158 und 1179; vgl. <http://www.itu.int/wsisis/>

³ Beteiligt u.a. das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die Organisation für intellektuelles Eigentum (WIPO), das UN-Umweltprogramm (UNEP), die Welternährungsorganisation (FAO) sowie, entsprechend ihrem allgemeinen Mandat für Erziehung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation, die UNESCO.

beiden Abschlussdokumenten (Deklaration und Aktionsplan) bemüht -, mit der Deklaration liege jetzt eine „Verfassung der Informationsgesellschaft“ vor, würde man vielleicht dann zustimmen, wenn die politische Perspektive des Washingtoner Konsensus in seiner neoliberalen Deutung (s. unten) eingenommen wird - eine *Verfassung* von offenen, inklusiven und nachhaltigen Wissens- und Kommunikationsgesellschaften⁴ steht wohl erst noch an. Der auf WSIS sich andeutende *Multi-Stakeholder-Ansatz* kann vielleicht in Zukunft zu einer solchen *Verfassung* führen. Gehen wir auf diese politisch vielleicht folgenreiche Partizipationsstruktur kurz ein.

1.2 Neue Akteure auf der politischen Arena – in Richtung deliberativer Politik?

Beteiligt waren auf ausdrücklichem Wunsch der UNO und ihres Generalsekretärs nicht nur die offiziellen Regierungsdelegationen und die zwischen-/überstaatlichen (UN-)Organisationen. Die Weltgemeinschaft hat aus den Erfahrungen mit Globalisierungsstrategien (Stichwort: Seattle und die Folgen bis hin zu Cancun) gelernt, dass Koalitionen zwischen staatlichen und überstaatlichen Instanzen bzw. von ihnen gebildeten, global agierenden Regimes (z.B. WTO mit Abkommen wie TRIPS, die stark auch in die Wissensumwelt eingreifen) kaum das Dilemma von unzureichender Kompetenz und unzureichender Akzeptanz und damit auch kaum die gravierenden Probleme der internationalen Informationsgesellschaften alleine werden lösen können, vor allem nicht die aus den globalen *digital divides* entstehenden. Entsprechend wird auf UN-Gipfeln seit einiger Zeit die staatliche Präsenz und Zuständigkeit erweitert

- um internationale Organisationen (aus dem Umfeld der UN, aber auch anderer Organisationen)
- um Interessenvertretungen aus Wirtschaft und
- um Zivilgesellschafts-/Nicht-Regierungs-Institutionen

Vor allem die offizielle Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Gruppen bei der globalen politischen Arena und die sehr erfolgreiche globale Vernetzung dieser Gruppen über neue, auch virtuelle Organisationsstrukturen ist das neue Ereignis – internationale Organisationen und die auch zunehmend global agierenden

⁴ Die Bezeichnung „Wissensgesellschaft“ wird u.a. von der UNESCO präferiert, zweitens bzw. die Kombination „Wissens- und Kommunikationsgesellschaft“ von weiten Kreisen der globalen Zivilgesellschaft.

Unternehmen und deren Vertretungen haben schon lange ihre Interessen in das politische System einbringen können. Die erweiterte politische Berücksichtigung und damit auch Einflussnahme im WSIS-Prozess trägt dem Rechnung, dass es Akteure und Aktorgruppen aus der Zivilgesellschaft waren, vor allem auch aus dem nicht-etablierten, nicht-offiziellen Umfeld von Wissenschaft, Bildung, Kultur und Kommunikation, die bis heute die Entwicklung der Netze und der Software, aber vor allem der Dienste, Produkte und Inhalte vorangetrieben haben.

Auf WSIS I hat sich dieser Prozess, insgesamt gesehen, professionalisiert [Dietz/Amshoff 2004], indem sich über ein „Bureau“ die politische Interessenvertretung erfolgreich etabliert hat⁵, die auch für WSIS II intakt bleibt, und indem über ca. 20 themenbezogene Gruppen (*families, caucuses*) die Fachdiskussionen verteilt und global organisiert wurde, die dann in einer *Content and Theme*-Gruppe zu politischen Texten verdichtet wurden⁶, so schließlich in der alternativen Deklaration der Zivilgesellschaft⁷.

Mit den sich im WSIS-Prozess entwickelnden neuen Formen der Teilhabe verschiedener *Stakeholder*, insbesondere aus der Zivilgesellschaft, zeichnet sich aber nicht nur eine Verbreiterung des Autonomieanspruchs der Bürger als Grundlage ihrer gesellschaftlichen, vor allem ökonomischen Tätigkeiten ab, sondern auch die Verbreiterung ihres Mitwirkungsanspruchs in politischen Prozessen [Mattelart 2003]⁸. Damit verstärken sich ohnehin bestehende Tendenzen deliberativer Demokratie [Leggewie 2003; Leggewie/Maar 1998]. Dieser Vorgang wird für das Zusammenspiel von Politik, Ökonomie und Zivilgesellschaft in den Informations-, Wissens- oder Kommunikationsgesellschaften zunehmend eine wichtige Rolle spielen, insofern Entscheidungen in politischen (und sicherlich auch ökonomischen) Prozessen nicht

⁵ Auch von Seiten der deutschen Regierungsdelegation wurde vor allem auf den Vorbereitungskonferenzen (PrepComs) intensiv auf zivilgesellschaftliche Kompetenz zurückgegriffen – ein Vorgang, der sich jetzt auch mit Blick auf WSIS II durch regelmäßige Treffen zwischen BMWA bzw. AA und dem deutschen zivilgesellschaftlichen Koordinierungskreis fortsetzt.

⁶ Auf die Gefahr einer gewissen „cumbersome bureaucracy“ durch die eingerichteten zivilgesellschaftlichen Organisationsstrukturen, vor allem des Bureau, weist [Esterhuysen 2004] hin; eher positiv schätzt das ein [Kleinwächter 2003]. Die Strukturen hätten den zivilgesellschaftlichen „Aktionen eine bisher kaum vorhandene Legitimität“ gegeben.

⁷ Civil Society Declaration: Shaping Information Societies for Human Needs – dokumentiert auf der ITU-Website: http://www.wsis2005.org/wsis/main_c01_02.htm

⁸ Ein Beispiel für die direkte Einwirkung zivilgesellschaftlicher (WSIS-)Positionen auf die „formale“ Politik ist die Resolution (23.2.2004 in Rom), die bei der Gründung der Europäischen Grünen Partei verabschiedet wurde [European Green Party Congress 2004]. Bemerkenswert ist hier auch die Verwendung des Begriffs „information ecology“ (vgl. [Kuhlen 2004, Kap. 8 Informationsethik und Nachhaltigkeit – Grundzüge einer Wissensökologie]).

exklusiv an das für gegenwärtige Demokratien (und Ökonomien) repräsentative System abgegeben und vielleicht noch von den Medien kontrolliert werden, sondern sich der aktiven Mitwirkung vor allem der Gruppierungen aus der Zivilgesellschaft (einschließlich der nicht-regierungsbezogenen internationalen Organisationen) und der privaten Wirtschaft vergewissern müssen.

Das was die Zivilgesellschaft in der Umweltbewegung gelernt hat und wozu sie sich aktive politische Mitwirkung erkämpft hat, beginnt sich nun auf die Themen der Informations- bzw. der Wissens- und Kommunikationsgesellschaften auszuweiten.

Man ersetze im Folgenden *environment/al* durch *information*:

“Governments and businesses no longer have a monopoly on environmental decision-making. A third force-civil society is changing the power balance. Citizen groups of all sorts now routinely participate in decisions about the environment and development. The growing influence of these organizations is one of the most dynamic changes in environmental governance today, lending a stronger voice to the individuals, interest groups, and communities that must live with the consequences of environmental decisions”⁹.

Es ist zu erwarten, dass damit auch weitere Bewegung in die seit 1990 unter der Bezeichnung *Washington-Konsens* formulierte offizielle Weltwirtschaftspolitik kommen wird¹⁰, die in der Regel, nicht unbedingt konform mit der ursprünglichen Intention von Williamson, der 1990 diesen Konsens formuliert hatte [Williamson 1990, 200, 2002], als neo-liberales Wirtschaftsregime unter den Bedingungen der Globalisierung verstanden wird und das, im Gefolge von Seattle und den Folgen, von Seiten vieler zivilgesellschaftlicher Gruppierungen (vor allem von attac [Müller 2003]) kritisiert wird [Siochrú 2004]. Kritisiert, weil dieser Konsens in erster Linie dem Interesse der Besitzstandswahrung der Länder des Nordens und Westens (und darin vor allem der politischen und ökonomischen Elite) diene und die wichtigsten Ziele – „promote an equitable distribution of income as well as a rapid growth of income“ [Williamson 2000, 262] – klar ersichtlich verfehlt habe.

⁹ Source: 2003. World Resources 2002-2004: Decisions for the Earth: Balance, voice, and power. United Nations Development Programme, United Nations Environment Programme, World Bank, World Resources Institute. Aus der Website des World Resource Institute - http://pubs.wri.org/pubs_content_text.cfm?ContentID=1898

¹⁰ Williamson wollte mit Washington Consensus die 10 Prinzipien zusammenstellen, die nach seiner Ansicht Konsens unter den führenden internationalen Wirtschafts-/Finanzinstitutionen, wie World Bank, International Monetary Fund, U.S. Treasury, Federal Reserve Board seien. Dies sind: Fiscal discipline; A redirection of public expenditure priorities toward fields offering both high economic returns and the potential to improve income distribution, such as primary health care, primary education, and infrastructure; Tax reform (to lower marginal rates and broaden the tax base); Interest rate liberalization; A competitive exchange rate; Trade liberalization; Liberalization of inflows of foreign direct investment; Privatization; Deregulation (to abolish barriers to entry and exit); Secure property rights.

WSIS I hat diese Grundsatzdiskussion um den Washington-Konsens bzw. um die Prinzipien einer Weltwirtschaftsinnenpolitik natürlich nicht führen können bzw. sich darum gedrückt (wie die Verschiebung der zentralen Themen „Finanzierung“ und „Internet Governance“ zeigt), hat vielmehr wesentliche der von Williamson damals formulierten 10 *Essentials* nachdrücklich bekräftigt, so vor allem den Schutz von Eigentum, der im Kontext von WSIS in erster Linie die Sicherung von *Intellectual Property Rights* (IPR) bedeutet. Hier ist die internationale Diskussion, vor allem mit Blick auf die Rolle der IPR für die Entwicklungsländer, schon sehr viel weiter bzw. differenzierter [CIPR 2002]. Aber auch die Funktion von IPR als Garant und Motor von Kreativität und Entwicklung in fortgeschrittenen Ländern wird zunehmend kritisch beurteilt¹¹.

Wie auch immer, durch den *Multistakeholder*-Ansatz, besonders intensiv wahrgenommen von der Zivilgesellschaft, ist ein intensiver „Erfahrungsaustausch zwischen internationalen, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in Gang gesetzt“ [Dietz/Amshoff 2004]. Zweifellos trägt die auch offizielle Anerkennung der zivilgesellschaftlichen Arbeit im WSIS-Prozess dazu bei¹², dass weltweit zivilgesellschaftliche Gruppierungen entstehen und sich konsolidieren, begünstigt durch die intensive Nutzung der Online-Kommunikationsformen:

„These examples – [Beispiele Kenya, Südafrika, Senegal, Brasilien – R.K.] show the potential for influencing policy outcomes and for creating a space for networking, from which collaborative implementation can flow. It creates awareness of policy promises and demand for transparent delivery; an important form of public participation absent in many countries. It locates ICT policy as social policy, not technical policy, and it keeps it in the public domain where it belongs“ [Esterhuysen 2004].

Gehen wir aber zunächst darauf ein, welches das Erbe von WSIS I ist, also welche Ergebnisse erzielt worden sind und was an Auftrag an den Prozess in Richtung WSIS II gegeben wurde.

¹¹ Vgl. [Kuhlen 2004], Kap. 9 „Wem gehört Wissen? Wer kontrolliert Wissen? Wie kann Wissen organisiert werden?“

¹² Kritisch muss angemerkt werden, dass die Mitwirkungsformen in der Endphase von WSIS I drastisch nachgelassen haben, als es also darum ging, den politischen offiziellen Konsens zu erreichen [Lerche 2004]. Folgenreicher als die direkte inhaltliche Übernahme zivilgesellschaftlicher Positionen auf WSIS I sind vielleicht die erarbeiteten Strukturen der Zusammenarbeit und Einflussnahme.

Eine ausführliche Analyse des zivilgesellschaftlichen Einflusses auf den offiziellen WSIS-Prozess wurde von [Dany 2004] am Beispiel der dritten WSIS-Vorbereitungskonferenz, PrepCom3, geleistet. Diese Analyse ist Teil ihrer Magisterarbeit "Digital Divide als Herausforderung für Globales Regieren. Das Beispiel des UN-Weltgipfels zur Informationsgesellschaft" (im Fachbereich Publizistik und Kommunikationswissenschaften der Freien Universität Berlin, 12/2003)

1.3 Ergebnisse von WSIS I

Noch kurz vor WSIS I drohte der *Funken* von Cancun überzuspringen, als einige Staaten der G21+ und G60+ ernsthaft in Erwägung zogen, sich aus dem WSIS-Prozess zurück zu ziehen. Sie mochten keine größere Bereitschaft der Informationsreichen erkennen, sich zu einer Politik des Teilens zu verständigen und reale, finanziell wirksam werdende Ausgleichsmaßnahmen über einen *digital solidarity fund* zu beschließen. WSIS drohte für sie zu einer reinen Werte- und zu einer Status-quo-Debatte zu werden – Ausdruck einer globalen Sicherheits- und Sicherungsstrategie. Das ursprüngliche Ziel – ein Weltgipfel zur Formulierung einer globalen Entwicklungspolitik zur Überwindung der digitalen Spaltung im Nord/Süd-Konflikt – drohte aus dem Blickfeld zu verschwinden. Ein Rest einer „entwicklungsbezogenen Definition der Informationsgesellschaft“ [Dietz/Amshoff 2004,1] blieb dann doch im ersten Absatz der verabschiedeten Deklaration erhalten:

„We ... declare our common desire and commitment to build a people-centred, inclusive and development-oriented Information Society, where everyone can create, access, utilize and share information and knowledge, enabling individuals, communities and peoples to achieve their full potential in promoting their sustainable development and improving their quality of life,“

Konflikte und ungelöste Probleme blieben genug übrig. Was waren die strittigen Punkte, und wie hat die Schlusserklärung darauf reagiert? (vgl. [Dietz/Amshoff 2004; Ermert 2004; Esterhuysen 2004; Kleinwächter 2003; Mattelart 2003; Metze-Mangold 2004; NGLS Roundup 2004; Siochrú 2004])

Solidarity fund. Natürlich ging es um konkrete Maßnahmen, wie die *digital divides* zu überwinden seien, also die Spaltung der Welt in diejenigen, die über die technischen und inhaltlichen Ressourcen von Information und Kommunikation verfügen, und diejenigen, die trotz aller Verheißungen der modernen Technologien immer weiter zurück fallen. Die Länder des Südens verlangten einen finanziell ausgestatteten Solidaritätsfonds (DSF). Die Staaten des Westens und Nordens waren demgegenüber eher skeptisch. In der abschließenden Erklärung wurde der Anspruch auf einen solchen Solidaritätsfonds zwar anerkannt, aber gleichzeitig die Notwendigkeit eingefordert, die Rahmenbedingungen für einen solchen erst einmal über eine *Digital Solidarity Agenda* (DSA) auszuloten: “We recognize the will expressed on the one hand by some to create an international voluntary *Digital Solidarity Fund*, and by others to undertake studies concerning existing mechanisms and the efficiency and feasibility of such a Fund.” (para. 61). Im Aktionsplan ist daher vorgesehen, dass eine vom UN-Generalsekretär einzurichtende *Task Force* on Financing Mechanisms (UN-TF-FM) bis Ende 2004 einen entsprechenden Bericht vorlegen soll.

Internet Governance. Genauso folgenreich ist der Streit um die *Internetregierung*. Sollte das weiter über ein lange von den USA dominiertes Konsortium wie das existierende ICANN geschehen, oder soll die Kontrolle von einer internationalen Organisation übernommen werden, in der im Zweifelsfall die Länder des Südens die Mehrheit haben? Wie wir sehen werden, ist das Problem weitgehender, nämlich, ob *Internet Governance* auf die technischen und Koordinationsfragen beschränkt bleiben kann oder ob damit nicht alle „public policy issues“ angesprochen sind. Wir gehen darauf ausführlicher ein. Auch hier wurde das Ergebnis vertagt. Im Prinzip erzielte man Einigkeit, dass alle Gruppierungen an der Fragestellung vollständig beteiligt sein sollten – zur Realisierung des Ziels wird vom UN-Generalsekretär eine weitere

Arbeitsgruppe (UN-WG-IG) eingesetzt werden, die bis 2005 konkrete Vorschläge und Maßnahmen erarbeiten soll.

- **Cyber security vs. privacy.** Subtiler, wenn auch nicht weniger entscheidend für den Informationsfrieden in der Welt, sind Fragen, die direkt in das Informationsleben jedes Einzelnen eingreifen. Lange war strittig, ob sich in einem Post-11.-September-Klima der Sicherheitsanspruch von Staaten gegenüber den bürgerlichen individuellen Freiheitsrechten durchsetzen würde. Unklar blieb insgesamt bzw. wurde kaum hinterfragt, inwieweit der Begriff der *privacy* überhaupt ein angemessenes Konzept für offene elektronische Räume bleiben kann. Im Streit zwischen Sicherheit und Privatheit wurden über den (gewiss nicht unproblematischen) Begriff einer „global culture of cyber-security“, wozu auch Vertrauenssicherung gehört, Kompromisse gefunden, über die politische, kriminalistische, ökonomische, aber auch menschenrechtliche Ansprüche abgesichert werden sollen:
- **Intellectual property rights.** Keine innovativen Lösungen wurden bezüglich der geltenden Regelungen für den Schutz der Rechte an intellektuellen Werken (*Copyright* und Patentrecht vor allem) gefunden bzw. auch kaum angestrebt. Unter (para. 42) wurde die folgende Kompromissformel gefunden: "Intellectual Property protection is important to encourage innovation and creativity in the information society; similarly, the wide dissemination, diffusion, and sharing of knowledge is important to encourage innovation and creativity. Facilitating meaningful participation by all in intellectual property issues and knowledge sharing through full awareness and capacity building is a fundamental part of an inclusive Information Society" (para. 42). An der grundsätzlichen Status-quo-Sicherungs-Strategie der etablierten Informations- und Medienwirtschaft für geistige Produkte und deren Verwertung hatte auch kein WSIS rütteln dürfen. Weltweit, z.B. aktuell über die Verabschiedung der IPR *Enforcement-Guideline* durch die EU, zeichnet sich eher eine Intensivierung von starken IPR-Regelungen und Maßnahmen zu ihrer Erzwingung ab. Immerhin wurde aber nicht mehr explizit und verbindlich auf die das internationale Wissensregime bestimmenden WTO/GATS/TRIPS-Vereinbarungen und die WIPO-Vorgaben referenziert, so dass sich hier neue Spielräume für eine Revision der jetzigen Urheberrechtsblockade ergeben könnten¹³. Ob es mit Revisionen getan und nicht vielmehr ein radikales Umdenken der Regelungen des Umgangs mit Wissen und Information erforderlich ist, wird im Rahmen von WSIS schwer zu diskutieren sein.
- **Software-Modelle.** Bezüglich der Software-Frage wurde offene und freie Software-Entwicklung explizit als Modell neben anderen, proprietären erwähnt: "Access to information and knowledge can be promoted by increasing awareness among all stakeholders of the possibilities offered by different software models, including proprietary, open-source and free software, in order to increase competition, access by users, diversity of choice, and to enable all users to develop solutions which best meet their requirements." Auf den Modellcharakter dieser Entwicklung für einen innovativen Umgang mit Wissen und Information auch in anderen Gegenstandsbereichen, z.B. des Publizierens von Texten, Faktensammlungen, aber auch von Objekten aus dem Unterhaltungsbereich, wurde zwar nicht hingewiesen, jedoch wurde (para. 28) der Gedanke des *open access* aufgenommen (vgl. die Budapester Erklärung¹⁴ und die Berliner Erklärung von 10/2003), also das Vorhaben, wissenschaftliche Ergebnisse durch die Initiative der Produzenten selber (hier der Wissenschaftler) öffentlich zugänglich zu machen:

Weiter wurde auf der WSIS-Konferenz in einigen begleitenden Fachveranstaltungen sehr deutlich, dass die Freie-Software-Entwicklung zur Überwindung von *Digital divides* beitragen kann, dadurch dass die hohe Lizenzkosten verursachende Abhängigkeit von proprietärer Software (vor allem des Microsoft-Konzerns) gemildert werden kann. Hier entwickelt sich Brasilien mit offizieller Unterstützung der Regierung zu einem Vorreiter für freie Software, auch dadurch, dass Brasilien diese in weniger entwickelte Länder, z.B. in Afrika, transferiert.

Menschenrechte. Auch der lange währende Streit, ob Menschenrechte, und hier insbesondere der Art. 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (UDHR) zu Informationsfreiheiten, explizit in die Abschlusserklärung aufgenommen bzw. aus nationalen, kulturellen Besonderheiten relativiert werden sollten, konnte beigelegt werden. China akzeptierte schließlich deren explizite Erwähnung in den Absätzen 3 und 4 der Gemeinsamen Vision, einschließlich der Zitierung der einschlägigen Passage aus Art. 19. Fraglich allerdings, ob diese

¹³ So auch die Einschätzung von Lawrence Lessig (vgl. [Ermer 2004]).

¹⁴ <http://www.soros.org/openaccess/>

interpretierende Anpassung der Menschenrechtserklärungen für die elektronischen Umgebungen noch ausreichend ist. Die breite Front der Ablehnung, ein explizit formuliertes Kommunikationsrecht (*a right to communicate*) auf den Weg zu einem neuen Menschenrecht zu bringen, zeigt deutlich die bisherige Wert erhaltende, man kann auch sagen, besitzstandswahrende Grundposition von WSIS.

2 WSIS II

Dass Tunis ein problematischer Ort für einen Weltgipfel für die Informationsgesellschaft ist, dürfte angesichts der dortigen Menschenrechtspraxis klar sein. Bislang zeichnen sich aber keine als folgenreich einzuschätzenden Widerstände gegen WSIS II in Tunis ab. Allmählich bilden sich auch die Strukturen heraus. Das neue WSIS *Bureau* (zusammengesetzt mit jeweils 6 Mitgliedern aus den verschiedenen Regionen der Welt sowie einigen zusätzlichen Experten, z.B. aus den beiden WSIS-Ländern (Schweiz und Tunesien) ist inzwischen etabliert. Der (im Prozess einflussreiche) Präsident des *Preparatory Committee* ist bislang noch nicht bestimmt. Die erste PrepCom ist Ende Juni in Tunis.

Der grundlegende *Multistakeholder*-Ansatz ist auch für WSIS II unbestritten, was auf dem ersten *Brainstorming*-Treffen am 2.-3. März in Gammarth, Tunis, deutlich wurde. Die Zivilgesellschaft ist, zunächst organisatorisch über das CS *Bureau*, vollständig als wichtiger Akteur anerkannt. Problematisch ist, inwieweit dieser Anspruch auch in Tunesien selbst, also für die bislang eher noch zwangsläufig verdeckt arbeitende lokale Zivilgesellschaft durchgesetzt werden kann, und problematisch ist auch, wie den Vertretern aus den Ländern des Südens eine Teilnahme auch schon bei den Vorbereitungsprozessen für WSIS II (den PrepComs) ermöglicht werden kann (was ja auch schon für CS-Teilnehmer aus Afrika und Südamerika im WSIS-I-Prozess problematisch war). Zur Finanzierung der Teilnahme von CS-Personen zeichnet sich (noch vage) die Möglichkeit eines *Trust Fund* ab.

2.1 Road Map

WSIS II wird im Prozess nicht weniger komplex sein als WSIS I, obgleich eine Tendenz vorzuherrschen scheint, die grundsätzliche Debatte, deren Ergebnisse ja in der „Declaration“ von WSIS I dokumentiert sind, nicht wieder aufleben zu lassen. Wie wir sehen werden, kommen aber vermutlich alle offenen Fragen durch die Ausweitung des *Internet-Governance*-Themas auf eine Debatte und Auseinandersetzung über alle *Internet-policy*-Gegenstände erneut auf die WSIS-Agenda.

Vorgesehen ist für WSIS II bislang durchaus wieder so etwas wie eine Resolution, allein schon deshalb, weil das Ende eines Weltgipfelprozesses auch politisch dokumentiert werden soll (und mit WSIS II soll erst einmal Schluss sein, obwohl die Konsequenzen von WSIS natürlich viel weiter ins 21. Jahrhundert reichen werden). Wichtig wird aber vor allem der Bericht über das Erreichte aus WSIS I sein, also die Evaluierung des Erfolgs (der in die Wege geleiteten) Maßnahmen, die in erster Linie im Aktionsplan formuliert sind. Illustrieren wir die WSIS-Ziele am Beispiel der *Benchmarks* für „Connectivity 2015“

- to connect villages with ICTs and establish community access points to connect universities, colleges, secondary schools and primary schools with ICTs;
- to connect scientific and research centres with ICTs
- to connect public libraries, cultural centres, museums, post offices and archives with ICTs
- to connect public libraries, cultural centres, museums, post offices and archives with ICTs
- to connect all local and central government departments and establish websites and email addresses
- to adapt all primary and secondary school curricula to meet the challenges of the Information Society, taking into account national circumstances
- to ensure that all of the world's population have access to television and radio services
- to encourage the development of content and to put in place technical conditions in order to facilitate the presence and use of all world languages on the Internet
- to ensure that more than half the world's inhabitants have access to ICTs within their reach

Wer diese Bewertung vornehmen soll, ist bislang vollkommen unklar. Dass es die ITU nicht selber sein sollte, die ja bei der Formulierung der Ziele in der Deklaration und im Aktionsplan von Genf federführend war, leuchtet ein. Entsprechend hat die ITU selber eine *Multistakeholder*-Koordinationsgruppe ins Spiel gebracht. Auch die UN ICT Task Force könnte es sein, die ja ursprünglich mit Blick auf die Problematik des *Digital divide* eingerichtet wurde. Ebenso könnten sich verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen anbieten, die, wie das Washington EPIC (zuständig für *Privacy*-Themen), jährliche Evaluierungsberichte erstellen (hier über den Stand der *Privacy*-Sicherung oder des *Privacy*-Verlustes).

Erreicht werden sollen die Ziele von WSIS II auch wieder über PrepComs. Zuarbeit wird – entsprechend dem Beschluss von WSIS I - von den beiden vom Generalsekretär der UN direkt einzusetzenden Arbeitsgruppen erwartet. Neben der *Working Group on Internet Governance*, auf die wir ausführlicher eingehen (Abschnitt 2.2), steht die Einsetzung der *Task Force on Financing Mechanism* (UN-TF-FM) noch aus (Abschnitt 2.3). Durch letztere sollen praktische Vorschläge zur Sinnhaftigkeit bzw. Realisierbarkeit des auf WSIS I geforderten und zunächst verschobenen *Digital Solidarity Fund* erarbeitet werden sollen.

Vorgesehen sind weiterhin regionale *Meetings*, die aber stärker als bislang als thematische Konferenzen organisiert werden sollen. Hier ist bislang gar keine Koordinationsstruktur zu erkennen. Es sieht eher nach einem „First come first serve“-Prinzip aus, d.h. diejenige Organisation, die Interesse an einem Thema hat und es versteht, die dafür geeigneten Partner zu mobilisieren, besetzt faktisch das Thema. Auch hier kann mit mehr oder wenig guten Gründen spekuliert werden; vgl. [Bendrath 2004].

So ist die Rede davon, dass Brasilien ein thematisches *Meeting* organisieren will, vermutlich zum Thema *Free-and-Open-Source-Software* oder zu den Kommunikationsrechten, während für USA eine thematische Konferenz zu Sicherheit vermutet wird. Italien scheint sich um die finanziellen Aspekte kümmern zu wollen, während Spanien auf kulturelle Vielfalt abzuheben scheint. Sicherlich wird WIPO die Führerschaft für eine thematische Vorkonferenz zu IPR beanspruchen. Sicher bestände Spielraum für eine europäische thematische Konferenz, etwa zu Thema *Open access* oder auch zur Informationsinfrastrukturen zur Sicherung von Wissen und Information als öffentliches Gut (*commons*), einschließlich der Rolle von Bibliotheken zur Überwindung von *Binnen-digital-divides* (z.B. bezüglich Gender oder Informationskompetenz allgemein), aber vor allem bezüglich der globalen *divides* im Gefälle Nord-Süd. Ebenfalls wäre denkbar eine europäische Initiative zugunsten medialer und kultureller Vielfalt, wo das „alte Europa“, im Einvernehmen mit den Bestrebungen der UNESCO, 2005 eine (völkerrechtlich verbindliche) Konvention zu „Cultural diversity“ zu verabschieden, ein Gegengewicht zur globalen Kommerzialisierungsstrategie von WTO/GATS setzen könnte, durch die auch die Bereiche Information, Medien und Kultur betroffen sind.

2.2 Internet Governance

Auf WSIS I konnte kein Konsens über die Fragen von *Internet Governance* (IG) gefunden werden. Um in dieser schwierigen politischen Frage weiterzukommen, wurde die UNO beauftragt, eine entsprechende *Working Group* (WG) *on Internet Governance* (UN-WG-IG) einzusetzen, um bis 2005 zu konkreten Vorschlägen für Maßnahmen zu gelangen. Ende März 2004 hat Kofi Annan, der UNO-Generalsekretär, Markus Kummer, ein Schweizer Diplomat, mit dem Vorsitz von UN-WG-IG beauftragt. Die Zusammensetzung der WG wird weiter dem *Multistakeholder*-Ansatz verpflichtet sein, muss aber auch auf kontinentale Gleichverteilung achten. WSIS I hatte der WG den folgenden Arbeitsauftrag mitgegeben:

- a) definieren, was unter IG zu verstehen ist;
- b) das öffentliche Interesse (*public policy issues*) an IG deutlich machen;
- c) die Rollen und Interessen der verschiedenen *Stakeholder* herausarbeiten und
- d) einen Bericht als Maßnahmenkatalog mit Blick auf 2005 erarbeiten.

Die Antworten auf diese Fragen hängen davon ab, wie extensiv der Begriff „Governance“ verstanden wird. Man kann unterscheiden zwischen¹⁵

1. der technische Ebene (durch die die verschiedenen Netze miteinander kommunizieren können) – diese Rolle wird im Internet-Umfeld bislang von zahlreichen Nicht-Regierungsorganisationen wahrgenommen, z.B. vom Internet Architecture Board (IAB), von der Internet Engineering Steering Group (IESG), von der Internet Engineering Task Force (IETF) und vom World Wide Web Consortium (W3C), ...
2. der Koordinationsebene für Protokolle und Namen – das ist weitgehend die bisherige Rolle von ICANN (Internet Corporation for Assigned Names and Numbers) und der Regional Addressing Registries (e.g. RIPE, ARIN, APNIC, LANIC, AFRINIC, DENIC etc.). ICANN leistet die konkrete Arbeit über: a) gTLDs, the Generic Names Supporting Organization (GNSO), b) ccTLDs, the Country-code Names Supporting Organization (ccNSO), c) Addressing Support Organization, “comprised of the regional addressing registries.“ “ICANN is not responsible for general public policy issues, but only technical coordination and matters related to its core functions.” (<http://www.itu.int/wsis/docs2/contributions/bs/icc.pdf>).
3. der politischen oder Inhaltsebene (*public policy matters*), die bislang von der Steuerung/Governance ausgeklammert gewesen war bzw. die man im Umfeld von ICANN auszuklammern versucht hatte. Zu diesem Typ des IG würden dann Regulierungsaufgaben gehören, z.B. mit Blick auf IPR, Besteuerung, privacy, Handel/E-Commerce, Sicherheit, Verbraucherschutz, Ausbildung, Spam¹⁶ – hierfür sind bislang verschiedene Organisationen zuständig: z.B. WIPO für IPR; WTO für Handel, aber auch Organisationen wie OECD, UN ICT Task Force und dann natürlich die jeweiligen nationalen Gesetzgebungen und Regierungen.

Konkreter hängt die Antwort auf die Frage nach der institutionellen Aufhängung von IG also davon ab, ob eine IG-Organisation sich weiterhin *nur* um technische Infrastrukturprobleme, wie Adressenverwaltung über den Root-Server (das Adressbuch des Internet) oder Domän-Namen-Vergabe, vor allem der allgemeinen Top-Level-Namen (gTLDs), wie .com, .org., net, .info., .biz., .museum, .aero, etc., kümmern soll oder sich zu einer Art „one-stop-shop“ für alle Internet-Fragen entwickeln soll.

Auch hier entstehen Frontpositionen: Während die meisten staatlichen Akteure, vor allem auch aus den Entwicklungsländern, stärkeren Einfluss auf alle Fragen des Internet ausüben wollen, möchte die Privatwirtschaft IG eher, wie bislang, auf technische Probleme beschränkt sehen und dafür ihr (der Privatwirtschaft) die Federführung zuerkennen, wobei eine beratende Funktion über ein „Governmental Advisory Committee“ (GAC) durchaus vorstellbar wäre. Eine Übertragung des Mandats an eine UN-Organisation würde, so die Befürchtung der privatwirtschaftlichen Interessenvertreter, wie der *International Chamber of Commerce* (ICC), die Gefahr der Bürokratisierung des Internet verstärken. Weitere Ansprüche würden dann reklamiert, wenn es um allgemeine „public policy matters“ des Internet

¹⁵ Vgl. http://www.iccwbo.org/home/menu_electronic_business.asp von ICC)

¹⁶ Vgl. <http://www.itu.int/wsis/docs2/contributions/bs/icc.pdf>

geht, wozu offene Diskussionen zwischen den *Stakeholdern* (Regierungen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft) stattfinden müssten. Und das wiederum wäre Ländern wie China oder Syrien ein Dorn im Auge, weil diese Länder, wie die WSIS-Erfahrung bislang bestätigt hat, zivilgesellschaftlichen Bewegungen skeptisch bis ablehnend gegenüber stehen

Derzeit spielen sich die Auseinandersetzungen darüber ab, wer zukünftig die Federführung bei IG haben soll [Kleinwächter 2004]. Derzeit machen sich stark:

- "United Nations Information and Communication Technology Task Force" (UN ICT TF)
- ITU
- ICANN (Internet Corporation for Assigned Names and Numbers)¹⁷

Auf verschiedenen Konferenzen wurden bislang die Positionen ausgelotet.

- *ITU Workshop on Internet Governance*, der am 26. und 27. Februar in Genf stattgefunden hat.
Auf diesem Workshop kamen Internet-Spezialisten mit Regierungsdelegationen (wie z.B. China, Brasilien, Syrien) und den politischen WSIS-Führern zusammen, so auch dem Leiter der eingesetzten UN-IG-Gruppe, Markus Kummer, Schweiz. Hier forderten vor allem Länder wie China, Brasilien, Nigeria und Syrien eine stärkere nationale Regierungskontrolle. Ansonsten setzen diese Staaten eher auf eine Rolle der ITU, was von Seiten der Privatwirtschaft, aber auch vieler westlicher Staaten eher skeptisch beurteilt bzw. abgelehnt wird.
- Anfang März (2.-4. 2004) die reguläre ICANN-Sitzung in Rom, auf der ebenfalls WSIS/IG und WG-IG-Themen besprochen wurden.
Hier wurde für die dezentrale Rolle und für die technische koordinierende Zuständigkeit durch ICANN plädiert, deren Mandat ohnehin noch bis 2006 läuft. Die politischen Probleme seien kein Gegenstand für ICANN. Die Informationsgesellschaft sei mehr als das Internet und das Internet mehr als nur das Management von Domain Namen, IP-Adressen und Root Servern. Entsprechend sollten Regierungen sich nur dann einmischen, wenn wesentliche und übergreifende öffentliche Interessen berührt seien. Allerdings wird auch hier immer deutlicher, dass die Reduzierung auf die technische Sicht kaum haltbar ist, wie z.B. an den *Privacy-Problemen* der WHOIS-Funktion des Internet, aber auch bei der Festlegung der *Top Level Domains* und den Streitfällen bei Domännamen deutlich wird [Kleinwächter 2004].
- Global Forum on Internet Governance, anlässlich der UN ICT Task Force am 25. und 26. März in New York.

Am Forum haben 200 Vertreter aus UNO, der Internet-Gemeinde, den Regierungen, der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft teilgenommen. Kofi Annan benutzte das Treffen, um die Möglichkeiten der Einsetzung der vorgesehenen WG *Internet Governance* zu überprüfen. Auf jeden Fall müsse die WG „open, transparent and inclusive“ sein. Der ICANN-Präsident wollte sich diese Prinzipien auch für ICANN zu Eigen machen. Vertreter aus der Privatwirtschaft favorisierten weiter die ICANN (ähnliche) Lösung (nach dem Motto „the best governance is the least governance“), während manche Entwicklungsländer sich durch die bisherige ICANN-Praxis eher ausgeschlossen sahen. Bezweifelt wurde, ob sich die bisherige Beschränkung auf technische *Governance*-Probleme halten lassen wird, da *Internet Governance* zunehmend Bestandteil von „Global Governance“ geworden ist (so Anriette Esterhuysen, Executive Director of South Africa's Association for Progressive Communication).

¹⁷ Formell hatte ICANN bei ihrer Einsetzung die alleinige Zuständigkeit der USA für die Koordinationsarbeit abgelöst, wurde aber bislang weiterhin stark von den USA dominiert – ICANN ist formell eine in den USA ansässige Organisation. Die USA wollen sich aber in Zukunft auf ihre Rolle als Teilnehmer in GAC beschränken. Die jetzigen ICANN-Verträge laufen über das *Memorandum of Understanding* der USA bis 2006.

Die Positionierung der verschiedenen *Stakeholder* ist noch nicht abgeschlossen. Erkennbar, wenn auch in der Realisierung keineswegs unumstritten und vor allem von der Privatwirtschaft opponiert, ist, dass die Regierungen bei IG einen stärkeren Einfluss gewinnen wollen und wohl auch gewinnen werden. Die Auseinandersetzung dabei konzentriert sich im Wesentlichen auf die beiden Alternativen:

- Soll IG als „inter-governmental organization“, bevorzugt in einer UN-Umgebung, wie z.B. die ITU, reorganisiert werden? Es zeichnet sich ab, dass diese Lösung von Ländern bevorzugt wird, die, entgegen der globalen Deregulierungsstrategie, noch stark Kontrolle über die CT-Infrastruktur haben.
- Soll der Regierungseinfluss eher über ein „Governmental Advisory Committee (GAC)“ ausgeübt werden, zu dem alle Regierungen und zwischenstaatlichen Organisationen (EU, aber auch solche wie WTO) Zugang haben sollen?

Es darf bislang über den Ausgang, also das 2005 zu erwartende Ergebnis der UN-WG-IG spekuliert werden. Insofern sind die folgenden Anmerkungen auch nicht geschützt.

Wirtschaft: Erkennbar ist der Widerstand der "International Chamber of Commerce" (ICC), die sich schon sehr früh (2/04) offiziell in den WSIS-II-Prozess mit einer Stellungnahme eingeschaltet hat, gegen zwischenstaatliche UN-Lösungen, sei es ITU oder UN-ICT-TF, vor allem mit dem Argument, dass die technische Führerschaft bei der Privatwirtschaft bleiben soll.

Zivilgesellschaft: Auch die Zivilgesellschaft fühlt sich derzeit nicht gut bei der UN-ICT-TF aufgehoben, da die Zusammensetzung dieser TF bislang kaum nach dem *Multistakeholder*-Ansatz geschehen ist und entscheidende Erfolge im Kampf gegen *Digital divide*, wie auch schon bei den Maßnahmen der G8, ausgeblieben sind.

Ambivalent wird von der Zivilgesellschaft die Rolle bezüglich einer Beteiligung der Regierungen eingeschätzt. Zwar wird von politisch argumentierenden Vertretern auch aus der Zivilgesellschaft deutlich gesehen, dass die Rolle der technischen Neutralität, wie sie von ICANN (und den ICANN vorangegangenen offenen Regelungsformen) lange reklamierte wurde, im Grunde nie bestanden hat und daher IG nicht den „Experten“ überlassen bleiben kann, sondern in irgendeiner Form staatlicher Steuerung und Koordination bedarf. Die große Sorge ist allerdings hier, dass über eine zwischenstaatliche IG-Lösung nationalstaatliche Tendenzen einer restriktiven, Informations- und Kommunikationsfreiheit einschränkenden Informationspolitik verteidigt werden könnten. Zwischenstaatliche Lösungen könnten so die positiven Effekte einer harmonisierenden Globalisierung wenn nicht zunichte machen, so doch stark behindern.

IG wird innerhalb der Zivilgesellschaft (offen aber für jedermann) international diskutiert auf dem *Online Forum on Internet Governance*¹⁸.

Regierungen: Die größten Differenzen sind bei den Regierungen und den zwischenstaatlichen Organisationen wie die EU auszumachen. Führende Länder aus der Dritten Welt, den Ländern des Südens, favorisieren die zwischenstaatliche Lösung, vermutlich unter der Federführung der ITU. Westliche Länder scheinen eine erweiterte Fortsetzung der jetzigen ICANN-Lösung zu favorisieren, wobei *Erweiterung* eine stärkere Einflussnahme über ein GAC bedeuten könnte (mit der vermutlichen Konsequenz, dass die „Nebenrolle“ eines GAC auf Dauer zur Hauptrolle im IG-Prozess werden wird).

EU: Die EU (in enger Koordination mit den EU-Staaten) hat sich bezüglich IG noch nicht endgültig festgelegt. In ihrer *Follow-up*-Positionierung vom 17.2.2004 hat die Europäische Kommission ihre aktive Teilnahme an diesem Prozess angedeutet und will dafür, wie auch schon bei vielen anderen strittigen Themen in der Vergangenheit, eine „EU high level group“ zur Entwicklung der

¹⁸ Vgl. <http://www.wsis-online.net/igov-forum/root/>

Kommissions-EG-Politik einsetzen. Der *Multistakeholder*-Ansatz gerade auch bei UN-WG-IG wird von der EU unterstützt.

Deutschland: Es ist nicht zu erwarten, dass Deutschland eine von der EU abweichende Position in WSIS bzw. in die UN-WG-IG einbringen wird.

2.3 UN-Task Force zur Finanzierung

Die Einrichtung der auf WSIS I beschlossenen *UN-Task Force Financing Mechanisms* (TF-FM) lässt noch auf sich warten. Das politische Ziel ist jedoch vorgegeben. Angesichts der Vielfalt schon existierender weltweiten Funds und der vielen in der Vergangenheit getroffenen Resolutionen und eingesetzten Kommissionen zur Überwindung der globalen *Digital divide* konnte sich die Mehrheit der Delegationen auf WSIS I nicht auf einen (u.a. vom Präsidenten des Senegal, Abdoulaye Wade, ins Spiel gebrachten) Beschluss zur Einrichtung eines *Digital Solidarity Fund* (DSF) verständigen. Zunächst einmal will sich die internationale Staatengemeinschaft darüber klar werden, welche Mechanismen bislang zum Einsatz gekommen sind und warum der Erfolg der bisherigen Maßnahmen bezüglich eines wirklichen Durchbruchs ausgeblieben ist. Dazu soll eine detaillierte Studie erstellt werden (für die die EU eine finanzielle Unterstützung in Aussicht gestellt hat¹⁹).

Zu welchem Ergebnis auch immer die Studie und die *Task Force* kommen wird, es ist überdeutlich im WSIS-Prozess geworden, dass von den Ländern des Südens (hier vor allem von Seiten der *Late-Comer*-Staaten, unterstützt von den fortgeschritteneren Ländern der *Adopter*-Staaten²⁰) massive finanzielle Unterstützung erwartet wird. Es ist nicht zu erwarten, dass die Länder des Westens und des Nordens noch einmal, also bei WSIS II, so „billig davon kommen werden, wie es ihnen auf WSIS I noch einmal gelungen ist“ – so eine natürlich inoffizielle Anmerkung eines Vertreters aus einem deutschen Ministerium am Ende von WSIS I. Wird die Überwindung der *Digital divides*, entsprechend den umfassenden politischen Erklärungen der letzten Jahre (z.B. Okinawa der G8, *UN Millennium Declaration*, *UNESCO-Information for All Programme*), als zentrale ökonomische, soziale und politische Herausforderung des

¹⁹ Vgl. EU-Kommission (COM 2004) 111 final, WSIS-II-Positionierung vom 17.2.2004. „Furthermore, the Member States' Expert Group on Development chaired by the Commission could prepare the EU position on financing issues at technical level.“

²⁰ Das ist die bei der Weltbank gebräuchliche Unterscheidung zwischen *Leader*-, *Adopter*- und *Late-Comer*-Staaten, die die Dichotomie zwischen sich entwickelnden und entwickelten Ländern vermeidet. Die jeweilige Zuordnung ist abhängig vom Stand der Entwicklung und wird von der Weltbank fortlaufend dokumentiert.

21. Jahrhunderts angesehen, so kann von der Weltöffentlichkeit kein Rückzug auf momentane, sicherlich gravierende eigene Haushaltsprobleme akzeptiert werden.

Orientieren wird sich ein DSF an dem sogenannten Monterrey-Konsens, der die konkreteste *Verpflichtung* darstellt, die Ziele der *UN Millennium Declaration* zu erreichen. Dieser Konsens wurde 2002 auf der *Monterrey Conference on Financing for Development* eingegangen, nicht zuletzt wohl auch unter dem Eindruck des 11. Septembers:

„We urge developed countries that have not done so to make concrete efforts towards the target of 0.7 per cent of gross national product (GNP) as ODA [Official development assistance – RK] to developing countries and 0.15 to 0.20 per cent of GNP of developed countries to least developed countries, as reconfirmed at the Third United Nations Conference on Least Developed Countries, and we encourage developing“ countries to build on progress achieved in ensuring that ODA is used effectively to help“ (par. 42)²¹.

Der Monterrey-Konsens, der ja durch Folgekonferenzen (z.B. 10/03 in New York) fortgesetzt wurde und wird, wird derzeit als das weitest gehende Angebot von Seiten der Industrieländer betrachtet, ihren Beitrag zur Überwindung der *Digital divides* zu leisten. Der Monterrey-Konsens hat aber natürlich keine völkerrechtliche Verbindlichkeit. Deutschland z.B. wird das Ziel des 0.7 in den nächsten Jahren auf keinen Fall erreichen. Trotzdem wird im Monterrey-Konsens von der offiziellen politischen Seite ein vielversprechender *Multi-stakeholder-Ansatz* gesehen, da hier zum ersten Mal neben der UNO auch der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank und die Welthandelsorganisation (WTO) sowie Wirtschaftsvertreter und NGOs sich zur Lösung der Probleme der Entwicklungsfinanzierung (*Official Development Assistance* - ODA) zusammengefunden haben. Von Seiten der Entwicklungsländer und der meisten NGOs wird der Monterrey-Konsens wegen seiner Unverbindlichkeit und wegen der starken Dominanz durch US-amerikanische und EU-Interessen weniger positiv eingeschätzt.

Es wird zunächst einmal darauf ankommen, die geeigneten Modelle zu entwickeln, in deren Rahmen konkrete, auch finanzielle Maßnahmen greifen können²². In der

²¹ Text des Monterrey-Consensus im *Report of the International Conference on Financing for Development* (Monterrey, Mexico, 18-22 March 2002) (<http://www.un.org/esa/ffd/> - 011003).

Zum Consensus der Monterrey UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung 2002 und den Hintergründen vgl. [Martens 2002] und weitere Informationen auf der WEED-Website: <http://www2.weed-online.org/ffd/index.htm> - 021003. WEED steht für World, Ecology, Economy & Development - <http://www.weed-online.org/>.

²² Bislang setzen die entwickelten Länder eher auf konkrete Projekte, überwiegend auf bilateraler Basis, z.B. von den USA angekündigt ein 400 Millionen-Dollar-Programm zum Ausbau des Telekommunikations- und ICT-Bereichs in Entwicklungsländern; ebenso die Absicht von Microsoft, zusammen mit den Entwicklungsprogramm

Debatte sind vor allem sogenannte globale Ausgleichsmodelle, durch die grundsätzlich *Win-win*-Situationen hergestellt werden sollen, die also im wechselseitigen (mittel- und langfristigen) Interesse aller Beteiligten bzw. Betroffenen liegen.

Ein globales Ausgleichsmodell beruht einerseits auf der Bereitstellung von Co-Finanzierungsmitteln durch die *Leader*-Länder und die Bereitschaft der *Late-Comer*- und *Adopter*-Länder, die hohen Standards der *Leader*-Länder in zu vereinbarenden Zeiträumen zu akzeptieren.

Zu definieren, welches die zu akzeptierenden hohen Standards im Einzelnen sind, ist Teil der politischen Zielformulierung des Ausgleichsmodells. Bislang galten als solche hohen Standards: konsequente Liberalisierung und Privatisierung der IuK-Märkte; faire Wettbewerbsbedingungen/offene Märkte; Einhalten von Menschenrechten; Förderung von kultureller/medialer Vielfalt und Unabhängigkeit; Demokratisierung, Anerkennung von (auch geistigem) Eigentum, Aufbau zivilgesellschaftlicher Infrastrukturen; seit der Rio-Konferenz auch nachhaltige Entwicklung, im Kontext von WSIS auch mit Blick auf ICT-Technologie zur Vermeidung von umweltschädlichen Rebound-Effekten durch massenhaften Einsatz von ICT-Endgeräten auch in *Late-Comer*- und *Adopter*-Staaten. Es sollte vermieden werden, die in dem Ausgleichsmodell einzuhaltenden Standards zu eng an die Wertvorstellungen der *Leader*-Staaten zu binden und vielmehr Prinzipien der inklusiven und nachhaltigen Entwicklung Priorität einzuräumen. Es wird also darauf ankommen, Alternativen zum bislang in der Regel neo-liberal interpretierten Washington-Consensus [Williamson 1990, 2000, 2003] zu formulieren, der in den Ländern des Südens und in der Zivilgesellschaft immer weniger Akzeptanz findet (vgl. Abschnitt 1.2)

Das Interesse des Nordens/der *Leader*-Staaten an Ausgleichsmodellen besteht darin, dass auch im globalen Maßstab die ökonomischen, ökologischen, politischen, kulturellen und sozialen hohen Standards durchgesetzt werden können. Aber nicht alles, wie z.B. ökologisches Wirtschaften oder Schutz von intellektuellen Eigentumsrechten, liegt im primären Interesse des *Südens*/der *Late-Comer*-Staaten, die am meisten von den *digital divides* betroffen sind. Sollen die *Late-Comer*-Staaten diese für ihre Gesellschaften zumindest momentan komparativen „Vorteile“ aufgeben, so müssen entsprechende Kompensationsangebote gemacht werden, hier vorgeschlagen über die Co-Finanzierungsmittel eines globalen DSF.

Bei dem globalen Ausgleichs- bzw. Kompensationsmodell handelt es sich nicht um Entwicklungspolitik nach dem (karitativen) Förderprinzip und auch nicht um eine Entwicklungspolitik über (verbilligte) Kreditvergaben (die ohnehin in der Regel nicht zurückgezahlt werden können, aber Abhängigkeiten schaffen). Ausgleichsmodelle setzen auf vertraglich vereinbarte Rechte und Pflichten.

3 Einschätzung

WSIS hat sicherlich in der allgemeinen Öffentlichkeit nicht die Beachtung gefunden, wie z.B. vorausgegangene UN-Weltgipfel wie die *Conference on Environment and Development* in Rio in 1992 oder die Johannesburg-Konferenz 2002 zur Nachhaltigkeit. Das mag daran liegen, dass das Thema der Informationsgesellschaft für viele, auch für viele Politiker, immer noch sehr abstrakt ist und in der Komplexität schwierig auf grundlegende und einfach nachzuvollziehende Positionen (wie bei

Nachhaltigkeit) zu reduzieren ist. Dabei ist die grundlegende Botschaft deutlich erkennbar:

Es wird kein Informationsfrieden entstehen, und damit kein Frieden in der Welt überhaupt, wenn nicht die gegenwärtigen grundlegenden Widersprüche beim Umgang mit Wissen und Information aufgelöst werden. Über Wissen und Information – darüber sind sich alle Ökonomen einig, nicht einig allerdings, mit welchen Konsequenzen ihr Gutscharakter einzuschätzen ist – wird zum überwiegenden Teil der gesellschaftliche Reichtum erwirtschaftet, der Voraussetzung dafür ist, dass alle anderen zentralen Ziele und Werte gegenwärtiger Gesellschaft – Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit – erreicht bzw. eingelöst werden können.

Der zentrale Widerspruch, aus dem viele anderen abgeleitet werden können, kann wie folgt formuliert werden

- Einerseits sind Wissen und Information in einem Ausmaß frei zugänglich und damit öffentlich geworden, wie es sich die Menschheit in ihrer Geschichte nie hat träumen lassen, auch nicht in den vielen Utopien seit Thomas Morus' Utopia von 1516 oder Francis Bacon's Nova Atlantis um 1700, die zu wesentlichen Teilen auch Informationsutopien gewesen sind – allerdings frei zugänglich und öffentlich ohnehin nur für eine – in globaler Sicht – kleine Minderheit.
- Andererseits werden aber Wissen und Information immer stärker privatisiert, kommerzialisiert, kontrolliert, in Nutzungszonen eingegrenzt und verknappt – und dies ebenfalls in einem Ausmaß, wie es selbst die informationellen Dystopien der Vergangenheit wie George Orwell's 1984 und Roy Bradley's Fahrenheit 451 uns nicht haben befürchten lassen – verknappt vor allem für die große Mehrheit der Menschen in der Welt, die weiterhin auf geradezu groteske Weise von den Potenzialen der ICT und den daraus abgeleiteten Diensten keinen Nutzen ziehen können, schlicht deshalb, weil sie – als Voraussetzung für alles Weitere - keinen Zugriff darauf haben.

WSIS hat bislang nicht erkennen lassen, dass diese Widersprüche aufgelöst werden könnten [Siochrú 2004]. Erfolge sind zweifellos zu verzeichnen [Esterhuysen 2004]. Der enge Blickwinkel auf die Informationsgesellschaft aus der rein technischen Perspektive konnte erweitert werden; die allgemeineren politischen und gesellschaftlichen Perspektiven sind ins Zentrum gerückt [Metze-Mangold 2004]. Neue Themen sind zur Selbstverständlichkeit geworden (wenn auch sicher noch nicht zufriedenstellend behandelt):

Barrierefreiheit/Universal Access für behinderte Menschen²³, Informationsrechte für Kinder, prinzipielle Anerkennung von freier und offener Software²⁴ sowie des *Open-access*-Ansatzes allgemein, direkt angesprochen in der Deklaration; Einbeziehung der Gender-Perspektive in ICT-Prozesse²⁵, Erneuerung von Medienfreiheit, explizit auch in elektronischen Umgebungen, Bedeutung von Transparenz und Informationsfreiheit gegenüber Verwaltungen und Regierungen, Aufweis der potenziellen Konflikte zwischen Sicherung von Privatheit/Privatsphäre und Sicherung von öffentlicher Sicherheit, ...

²³ „Universal Access“ – Forderung der Behindertenverbände auf WSIS – vgl. <http://www.heise.de/newsticker/meldung/42929>

²⁴ Zur Position der *Free Software Foundation* vgl. das ausführliche *Debriefing* von Georg. F. Grewe zum Ergebnis von WSIS I - <http://www.fsfeurope.org/projects/wsis/debriefing-geneva.en.html>

²⁵ Vgl. die kritische Stellungnahme des WSIS Gender Caucus auf WSIS I - http://www.genderwsis.org/fileadmin/resources/Gender_Caucus_Statement_Closing_Plenary_12_December_2003.pdf

Entscheidend für die Entwicklung von globalen Demokratie- und Mitbestimmungsformen ist die prinzipielle Anerkennung des *Multistakeholder*-Ansatzes. Das wird nicht nur Auswirkungen auf das Politikverständnis in fortgeschrittenen Ländern haben, sondern vor allem auch die Entwicklung von zivilgesellschaftlichen Gruppierungen befördern, die bislang eher einem „staatsautoritärem“ Ansatz verpflichtet sind – und das ist wohl eher noch die Mehrheit der Staaten der Welt.

Bewegung scheint auch in die Debatte über die Reichweite der Allgemeinen Menschenrechte als ethische und politisch-rechtlich verbindliche Begründungsprinzipien auch für Informations- und Wissensgesellschaften zu kommen. Reicht es aus, diese Rechte, Freiheiten, aber auch Verpflichtungen der einzelnen Bürger untereinander und gegenüber ihren Staaten in der Informationsgesellschaft neu zu interpretieren? Oder verlangen die ganz anderen technischen, medialen Umgebungen, wie sie heute unter der fortschreitenden Durchdringung aller Lebensbereiche mit Informations- und Kommunikationstechnologie bzw. den daraus abgeleiteten Diensten entstanden sind, nicht neue normative Begründungen und werden nicht damit neue Werte- und Rechtsansprüche geltend gemacht, wie sie exemplarisch in der auch bei WSIS geführten Debatte um grundlegende Kommunikationsrechte sich abzuzeichnen beginnen²⁶?

All das ist mehr als nur Kosmetik und mehr als nur Überbauphilosophie. Es wird aber nicht ausreichen, um Informationsfrieden in der Welt zu erreichen.

Ein radikales Umdenken, ein Paradigmenwechsel unserer Einstellungen zu und unseres Umgehens mit Wissen und Information sind erforderlich. Die tendenziell vollständige Kommerzialisierung von Wissen und Information ist eine Sackgasse angesichts der an sich befreienden Potenziale der Informations- und Kommunikationstechnologien und ein gefährliches Entwicklungshemmnis, gerade auch für Wirtschaft selber und für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik, für die Entwicklung neuer deliberativer Demokratieformen, für neue Formen medialer Öffentlichkeit. Die existierenden Regimes für Wissen und Information müssen von der

²⁶ [Kuhlen 2004], Kap. 7 Kommunikationsfreiheit, Kommunikationsrechte.gl. [Kuhlen 2004], Kap. 7 Kommunikationsfreiheit, Kommunikationsrechte.

Wurzel her neu gestaltet werden. Das sollte die politische und zugleich ökonomische Botschaft der Weltgemeinschaft für die Informationsgesellschaft sein. Tatsächlich ist die zumindest westliche Weltgemeinschaft dabei, die existierenden Wissensregimes weiter zu verfestigen. Erst vor kurzem wurde in der EU die *Copyright-Enforcement-Richtlinie* verabschiedet, in der bezeichnenderweise das „right to information“ als Auskunftspflicht der *Access Provider* auf Herausgabe der persönlichen Nutzerdaten gegenüber dem Rechteinhaber bei begründetem Verdacht auf Urheberrechtsverletzungen – uminterpretiert wird.

Zum Glück haben in einer zunehmend deliberativen Demokratie weder Wirtschaft noch Politik das letzte Sagen. Zum Glück entwickeln sich daher freie Gegenmodelle zu dieser voll- oder halb-kommerziellen Aneignung, Vermarktung und Verknappung von Wissen. Die Vorreiterrolle hat hier die *Free-and-open-software-Bewegung* eingenommen²⁷, die sich zum einen durchaus auch als kommerziell erfolgreich durchzusetzen beginnt und die zum anderen für viele Länder des Südens die Chance ist, sich von der Last der hohen Software-Lizenzen zu befreien, ohne dabei zu Piraten und Dieben zu werden.

Auch die Berliner *Open-access-Erklärung* von Oktober 2003 als Initiative der Wissenschaft, nicht nur die Produktion, sondern auch die Verteilung von Wissen, zumindest von solchem, das letztlich mit öffentlichen Mitteln erzeugt wird, selbst in die Hand zu nehmen²⁸, ist Teil dieses Glücks, dass das Sein, wie es sich unter dem Dogma der Verknappung von Wissen und Information entwickelt hat, nicht hingenommen werden muss, sondern sich in das wandeln kann, was sein soll: nämlich eine Welt der Freizügigkeit beim Umgang mit Wissen und Information, die den wirtschaftlichen Erfolg des Handels auf den Informationsmärkten nicht ausschließt und erst recht nicht die Entwicklung von offenen Medien- und Demokratieformen.

²⁷ *Free software* im programmatischen Umgang nicht zu verwechseln mit *open source software*. Für *free software* gelten die folgenden Bedingungen, zusammengefasst z.B. durch [Grassmuck 2000]: Der Quellcode der Software ist frei verfügbar; die Software darf frei weitergegeben werden; sie ist frei modifizierbar; abgeleitete Werke müssen ebenfalls unter der GPL stehen, d.h. auch, sie dürfen keinen nicht-freien Code enthalten, der unter einer anderen Lizenz steht; vgl. [Grassmuck 2002]. Vgl. Anm. 24 und [Gehring/Lutterbeck 2004].

²⁸ Die von der Max-Planck-Gesellschaft forcierte und von so gut wie allen Wissenschaftsorganisationen in Deutschland unterstützte *Open-access-Initiative* legt allen Wissenschaftlern die Verpflichtung nahe, allen Benutzern den Zugang (*access*) zu den erarbeiteten Forschungsergebnissen frei zugänglich zu machen, faire Lizenzen für deren weitere Verwendung zu vergeben und dazu beizutragen, dass die Langzeitverfügbarkeit (und damit die Nachhaltigkeit) dieser Ergebnisse durch Verwendung von geeigneten und langfristig gesicherten Standards und durch das Einspeisen in öffentliche elektronische *Repositories* garantiert ist [Andermann 2004].

4 Referenzen

- [Andermann 2004] H. Andermann: Initiativen zur Reformierung des Systems wissenschaftlicher Kommunikation. Kapitel D 6.3 in: R. Kuhlen; T. Seeger; D. Strauch: Grundlagen von Information und Dokumentation. 5. Auflage. Saur-Verlag: München 2004
- [Bendrath 2004] Positioning for second summit phase has begun (auf der Website der deutschen Zivilgesellschaft/Heinrich-Böll-Stiftung) - <http://www.worldsummit2003.de/>
- [CIPR 2002] Commission on Intellectual Property Rights: Integrating intellectual property rights and development policy. Report of the Commission on Intellectual Property Rights. London September 2002
- [Dany 2004] C. Dany: Zivilgesellschaftlicher Einfluss auf die Vorbereitungskonferenzen zum WSIS 2003 - <http://www.worldsummit2005.de> (Text basiert auf der Magisterarbeit "Digital Divide als Herausforderung für Globales Regieren. Das Beispiel des UN-Weltgipfels zur Informationsgesellschaft" im Fachbereich Publizistik und Kommunikationswissenschaften der Freien Universität Berlin, 12/2003)
- [Dietz/Amshoff 2004] C. Dietz; G. Amshoff: Ein zaghafter Schritt zur Überwindung des digitalen Grabens. Die Beschlüsse des Weltinformationsgipfels sind schwach, aber der Prozess war positiv. (auf der Website der deutschen Zivilgesellschaft/Heinrich-Böll-Stiftung) - <http://www.worldsummit2003.de/>
- [Ermert 2004] M. Ermert: Scheideweg. Die Weltinformationsgesellschaft zeigt wenig Visionen und schwachen politischen Willen. c't 1/2004, 40 - <http://www.heise.de/ct/04/01/040/>
- [Esterhuysen 2004] A. Esterhuysen: Whose „information society?“. In: APCNews (Association for Progressive Communication) - <http://www.apc.org/english/about/history/english.shtml?cmd%5B384%5D=i-575-17983>
- [European Green Party Congress 2004] Resolution: First steps towards a Sustainable Information Society - <http://www.worldsummit2003.de/en/web/598.htm>
- [Gehring/Lutterbeck 2004] R. A. Gehring; B. Lutterbeck: Open Source Jahrbuch 2004. Zwischen Softwareentwicklung und Gesellschaftsmodell. Lehmanns Media: Berlin 2004
- [Grassmuck 2000] V. Grassmuck: Offene Quellen und öffentliches Wissen. Vortrag gehalten auf dem Moskauer Medienkongress 2000 "Internet: Konzeptionen -- Perspektiven", org. Goethe-Institut Moskau und Universität für Völkerfreundschaft Moskau, 19.-21.1.2000 - <http://waste.informatik.hu-berlin.de/Grassmuck/Texts/wos-moskau.html>
- [Grassmuck 2002] V. Grassmuck: Freie Software. Zwischen Privat- und Gemeineigentum. Bundeszentrale für Politische Bildung: Bonn 2002
- [Kleinwächter 2003] W. Kleinwächter: Nach dem Gipfel ist vor dem Gipfel. Telepolis 16.12.2003 - <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/16333/1.html>
- [Kleinwächter 2004] W. Kleinwächter: Positionskämpfe, aber wenig Bewegung. Der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft II wirft erste Schatten. Telepolis 24.3.2004 - <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/17027/1.html>
- [Kuhlen 2003a] R. Kuhlen: Interessenverflechtungen - auf dem Weg zum UN-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS). Information, Wissenschaft & Praxis 54, 2003, Nr. 3, 137-148
- [Kuhlen 2003b] R. Kuhlen: Kommunikationsrechte – „impart“ oder „r2c“?. Information. Wissenschaft & Praxis November 2003, 389-400
- [Kuhlen 2004] R. Kuhlen: Informationsethik - Formen des Umgangs mit Wissen und Information in elektronischen Räumen. Erscheint 9/2004 in der UTB-Reihe. Universitäts-Verlag Konstanz (UVK)

- [Leggewie 2003] C. Leggewie: Von der elektronischen zur interaktiven Demokratie. Das Internet für demokratische Eliten. In: D. Klumpp; H. Kubicek; A. Roßnagel: next generation information society? Notwendigkeit einer Neuorientierung. Talheimer: Mössingen-Talheim 2003, 115-128
- [Leggewie/Maar 1998] C. Leggewie; C. Maar: Internet und Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie? Bollmann Verlag: Köln 1998
- [Lerche 2004] C. Lerche: Fight the power. Politik-digital.de 6.4.2004 - http://www.politik-digital.de/edemocracy/wissengesellschaft/aktuell_4.shtml
- [Mattelart 2003] A. Mattelart: Weltgipfel über die Informationsgesellschaft in Genf. Die Demokratisierung des Wissens. Die Tageszeitung 12.12.2003 - <http://www.taz.de/pt/2003/12/12/a0071.nf/text.ges,1> (übersetzt aus: Le Monde diplomatique Nr. 7232 vom 12.12.2003, Seite 23)
- [Metze-Mangold 2004], V. Metze-Mangold: World Summit on Information Society. Erster UN-Weltgipfel vom 10.-12. Dezember 2003 in Genf. unesco heute online Ausgabe 3, März 2004 - <http://www.unesco-heute.de/0304/wsisv.htm>
- [Müller 2003] M. Müller: Die Zukunft selbst in die Hand nehmen. Attac - eine Bewegung gegen den Washington-Konsens und die Rotlichtzonen des Kapitals - <http://www.mueller-mdb.de/TexteMM/0203Atta.html>
- [NGLS Roundup 2004] Moving the agenda forward at the World Summit on the Information Society. NGLS Roundup 109, January 2004 - <http://www.wsisgeneva2003.org/pdf/RU109wsis.pdf>
- [Siochrú 2004] S.Ó. Siochrú: Will the real WSIS please stand-up? The historic encounter of the "Information Society" and the "Communication Society". Erscheint in: Gazette – The International Journal for Communication Studies 66, 2004, ¾
- [Williamson 1990] J. Williamson: What Washington means by policy reform? In: J. Williamson (Hrsg.): Latin American adjustment: How much has happened? Institute for International Economics: Washington, D.C. 1990
- [Williamson 2000] J. Williamson: What should the World Bank think about the Washington Consensus? In: The World Bank Observer 15, 2000, 2, 251-264
- [Williamson 2002] J. Williamson: Did the Washington Consensus fail? Outline of Remarks at CSIS. Washington DC: Institute for International Economics, November 6, 2002